

Frauenpolitische Jahresplanung 2010

Situation:

Unter der großen Koalition war in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik weitestgehend ein Stillstand eingetreten. Ministerin von der Leyen preschte zwar verbal oftmals nach vorn und machte auch Begrifflichkeiten wie Feminismus und Emanzipation in konservativen Kreisen zum Thema – allerdings immer nur in der Verbindung zur Familienpolitik und aus einer familienpolitischen Perspektive. Themen waren so unter anderem: Kinderbetreuung, Elterngeld und Vätermonate.

Damit einher ging – wenn auch nur marginal - eine Modernisierung des Familien – und Frauenbildes der Union. Da Familienpolitik in weiten Teilen der Öffentlichkeit und der Medien mit Frauenpolitik gleichgesetzt wurde und wird, wurde von der Leyen mitunter öffentlich auch eine moderne Frauenpolitik attestiert, die sich aber in der Realität nicht niederschlug. Im Gegenteil: Frauenpolitik und der Selbstvertretungsanspruch der Frau sowie die gleichberechtigte Teilhabe an Politik, Gesellschaft und auch Macht kamen nicht vor – Initiativen in diese Richtung wurden von schwarz wie rot kontinuierlich weggestimmt.

(vgl. unsere Initiativen für Lohngleichheit, Forderung nach Quoten für Aufsichtsräte...)

Das Ergebnis der Bundestagswahl und der in der Folge ausgehandelte schwarz-gelbe Koalitionsvertrag ließen schnell erkennen, dass der Stellenwert der Frauenpolitik nach dem Regierungswechsel noch weiter gesunken war.

Mit dem überraschenden Wechsel von der Leyens ins Arbeitsministerium wurde mit Kristina Köhler eine junge, ledige und konservative Frau als Ministerin berufen, die bisher nur durch ihre extrem konservative und antifeministische sowie islamkritische Haltung von sich reden machte.

Ihre politischen Ziele sind noch relativ unklar. Bis jetzt verlautbarte lediglich, dass sie den Ausbau der Kinderbetreuung weiter vorantreiben möchte, Jungen in Kindergarten und Schule besser fördern und den Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern will, sowie das Potential einer alternden Gesellschaft positiv herausstellen möchte.

Konkreteres zur Umsetzung der Ziele oder gar zu Gleichstellung und Frauenpolitik wurde bisher nicht bekannt – vielmehr steht zu befürchten, dass mit dieser Ministerin ein weiterer Schritt der Frauenpolitik in die Bedeutungslosigkeit stattfindet.

Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung finden sich kaum konkrete Hinweise auf Vorhaben zur Frauenpolitik. An den wenigen Stellen, wo diese überhaupt vorkommt, ist dies maximal in Form von Prüfaufträgen, Empfehlungen und „Werben für“ ... der Fall.

Zur Gleichstellung heißt es: „wir wollen bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen“. Allerdings wird nicht erläutert, welche Benachteiligungen wie beseitigt werden sollen.

Obwohl die Begrifflichkeit „Gender“ nicht verwendet wird, scheint mit Ministerin Köhler bei den Koalitionären etwas in Bewegung gekommen zu sein. So äußerte sie bereits mehrfach, eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik solle entwickelt werden. Allerdings gibt es auch hier kein konkretes Vorhaben.

Wir meinen: Es besteht die Gefahr, dass Männerpolitik nicht als notwendiger Bestandteil einer Genderpolitik verstanden wird, sondern in Konkurrenz zu einer emanzipativen Frauenpolitik tritt, die darauf ausgerichtet ist, bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen zu beseitigen. Das würde ganz klar zu Lasten der Frauen und der Geschlechtergerechtigkeit gehen.

Grüne Antworten:

In unserem Wahlprogramm haben wir einen Neuen Grünen Gesellschaftsvertrag entworfen, der auch einen neuen Vertrag zwischen den Geschlechtern beinhaltet. Wir wollen weg von dem alten Bild des männlichen Alleinernährers und streiten für einen Rollenwandel, damit Frauen und Männer sich auf Augeshöhe begegnen können und Arbeit, Verantwortung und Macht gerecht geteilt werden.

Wir wollen die Gesellschaft in allen Politikbereichen modernisieren und begreifen Frauenpolitik sowohl als eigenständiges Politikfeld als auch als Querschnittsaufgabe. Nur so werden wir zu der von uns vertretenen und seit Jahrzehnten geforderten echten Gleichstellung zu kommen.

Wir sind die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil und wir stehen konsequent zur Quote als erfolgreiches Instrument.

Wir werben für das längst überfällige Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, oder effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Entgeltungleichheit, fordern die konsequente Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 oder 1820, fordern aber auch „Schluss mit dem körperbezogenen Normierungswahn“.

Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien. Wir buchstabieren Frauenpolitik in unserem Programm konsequent durch. (Die einzelnen Punkte siehe Anlage).

Der Bundesfrauenrat hat mit dem Beschluss „grüne Frauenpolitik in der Opposition“ deutlich gemacht, dass wir Bündnisgrünen 30 Jahre nach unserer Gründung im Westen uns auch in der Opposition in der Verantwortung sehen, Gleichstellung voranzubringen. Frauenpolitik und der Selbstvertretungsanspruch der Frau war eine unserer Wurzeln, macht uns noch heute aus und den Unterschied in vielen Fragen deutlich.

Wir müssen die Defizite der schwarz-gelben Koalition in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik deutlich aufzeigen und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine klare Alternative bieten um gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Ziele zu gewinnen. Wir müssen deutlich machen, dass für eine moderne und gerechte Gesellschaft weder konservativ-patriarchale Strukturen (wie Herdprämie und Ehegattensplitting) noch neoliberale Ignoranz gegenüber bestehender Diskriminierungen tragbare Lösungen sind.

Frauenpolitische Schwerpunkte 2010

Im Mittelpunkt des ersten Halbjahres steht die Bundesfrauenkonferenz in NRW (kurz vor der entscheidenden Landtagswahl) inklusive Auswertung und Dokumentation. Mit ihr werden wir im Landtagswahlkampf, aber auch bundesweit den frauenpolitischen Schwerpunkt auf die Frage lenken:

Der Green New Deal – ein guter Deal für Frauen!

Wir werden deutlich herausstellen, dass mit dem Green New Deal ein spürbarer Beitrag zur Gleichstellung geleistet werden kann und wir damit ein gesamtgesellschaftliches Angebot machen, um im 21. Jhd zukunftsfähig und gerecht miteinander zu leben.

Erneuerbare Energien sind ein Jobmotor. Aber auch die Care-Ökonomie, das Bildungswesen und der Gesundheitssektor bieten Möglichkeiten zu nachhaltigen Investitionen in die Zukunft. In diesem Zusammenhang muss auch der Geschlechtervertrag neu verhandelt werden, so wie wir es in unserem Wahlprogramm beschrieben haben.

Mit einem breiten Spektrum an Verbänden und Organisationen wollen wir unsere Vorstellungen dazu diskutieren, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Ziele zu schaffen. Dafür wollen wir sowohl in neue Zielgruppen vorstoßen, wie auch unser traditionelles Grünen-Klientel und die Frauenbewegung mitnehmen.

Diese Kontakte und Gesprächsinitiativen wollen und werden wir im zweiten Halbjahr verfestigen und ausbauen.

Geplant ist eine intensive Mitarbeit in den Arbeitsgruppen des Deutschen Frauenrates zu Minijobs sowie zum Thema Frieden und Sicherheit. Bereits in der Bildungsgruppe des Deutschen Frauenrates konnten wir im letzten Jahr mit unterschiedlichsten Verbänden unsere Vorstellungen zu einer geschlechtergerechten Bildungspolitik diskutieren und erfolgreich dafür werben.

Die BAG Frauenpolitik hat sich zur Aufgabe gemacht das Thema Gender Mainstreaming und die Umsetzung in unserer Partei aufzubereiten. In der Planung ist, einen BDK-Antrag für die November BDK zu verfassen, der bereits im Vorfeld breit in der Partei diskutiert werden soll.

In der Nachfolge des Gesprächskreises Gender und Wahl, der im letzten Jahr von der Heinrich –Böll-Stiftung in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand (Astrid, Steffi, das Büro von Claudia sowie Claudia Schlenker) und der Bundestagsfraktion organisiert wurde, soll in einer veränderten Form weiter geführt werden. Ziel ist es, frauen- und genderpolitisch Interessierte Männer und Frauen der Fraktion, der Stiftung und des Bundesvorstands zu vernetzen.

Themenfelder

Armut

2010 ist das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Der Deutsche Frauenrat wird eine Kampagne unter dem Motto „arm in einem reichen Land“ dazu durchführen.

Innerhalb dieser Kampagne werden wir unsere Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Diskussion einbringen. Dazu gehört die Abschaffung der Anrechnung der Partnereinkommen bei den Hartz IV –Gesetzen ebenso wie die Kindergrundsicherung oder eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Unsere grüne Europafraktion erwägt in diesem Zusammenhang eine Unterschriftensammlung zu starten – 1 Mio Unterschriften für Lohngleichheit. Diese wollen wir aktiv unterstützen und somit auch diese Ungerechtigkeit erneut zum Thema machen, die Ursache für Armut auch und gerade von Frauen ist.

Termine:

6. Februar Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung
Wir fordern die ausdrückliche Aufnahme der FGM als Menschenrechtsverletzung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Aufklärungskampagne.

26.2.-28.2. Tagung BAG Frauenpolitik
Das Schwerpunktthema wird Gender Mainstreaming in der Partei sein, inklusive Vorbereitung eines BDK Antrags und der BFK

8.März Internationaler Frauentag
Thema:?

26. März Equal Pay Day
Wir wollen diesen Tag nutzen, um mit dem Gewerkschaftsbund, den Business and Professional Women, dem Dt. Frauenrat und anderen Organisationen gemeinsam effektive Maßnahmen einzufordern.

17.-18. April Bundesfrauenkonferenz in Bonn
Der Green New Deal – ein guter Deal für Frauen!

22. April Girl's Day
Das Ziel ist es, Mädchen für zukunftsfähige und „untypische“ Berufe zu begeistern. Wir werden wieder Mädchen in die Bundesgeschäftsstelle einladen und zeigen, dass Politik auf allen Ebenen von Frauen und Männern gleichberechtigt gemacht werden kann.

9.Mai Wahl NRW und Muttertag

2. Juni Internationaler Hurentag
Das Thema Prostitutionsgesetz wird immer wieder diskutiert. Die Grüne Jugend wird es auf ihrem Bundeskongress erneut diskutieren. Die Prostituiertenverbände stehen hinter dem Gesetz – dennoch sind Verbesserungen vor allem bei der Umsetzung in den Ländern notwendig. Außerdem wollen wir die Bestrafung von Freiern, von Zwangsprostitution und arbeitsrechtliche Mindeststandards in der Prostitution sowie die Abschaffung des Vermieterprivilegs.

30. Oktober 10 Jahre UN-Resolution 1325
Dazu ist eine große Konferenz der HBS geplant

18. Okt. Europ. Tag gegen Menschenhandel
Wir legen nach wie vor den Schwerpunkt auf eine Stärkung der Opfer durch ZeugInnenschutz, dauerhafte Bleiberechtsregelungen und verlässliche Perspektiven. Nur dann werden sie bereit sein gegen die TäterInnen auszusagen.

25.Nov. Tag gegen Gewalt an Frauen
Wir fordern eine verlässliche bundeseinheitliche Absicherung der Beratungsstrukturen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. (Bundestagsantrag).

Weitere und z. Zt. aktuelle Themen, die nicht im Wahlprogramm stehen, aber bearbeitet werden:

Diskussion um anonyme Geburt und Babyklappen, (hier gibt es bereits in mehreren Bundesländern Initiativen, die im Bundesrat gebündelt für rechtliche Rahmen zu anonymer Geburt und Babyklappe führen sollen)

Sorgerecht nichtehelicher Väter,

Islam und Frauenrechte,

Netzpolitik und Frauen,

Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkung auf Genderfragen,

Weiterhin Thema:

Nachwuchsgewinnung/Mitglieder – unser grünes Mentoringprogramm